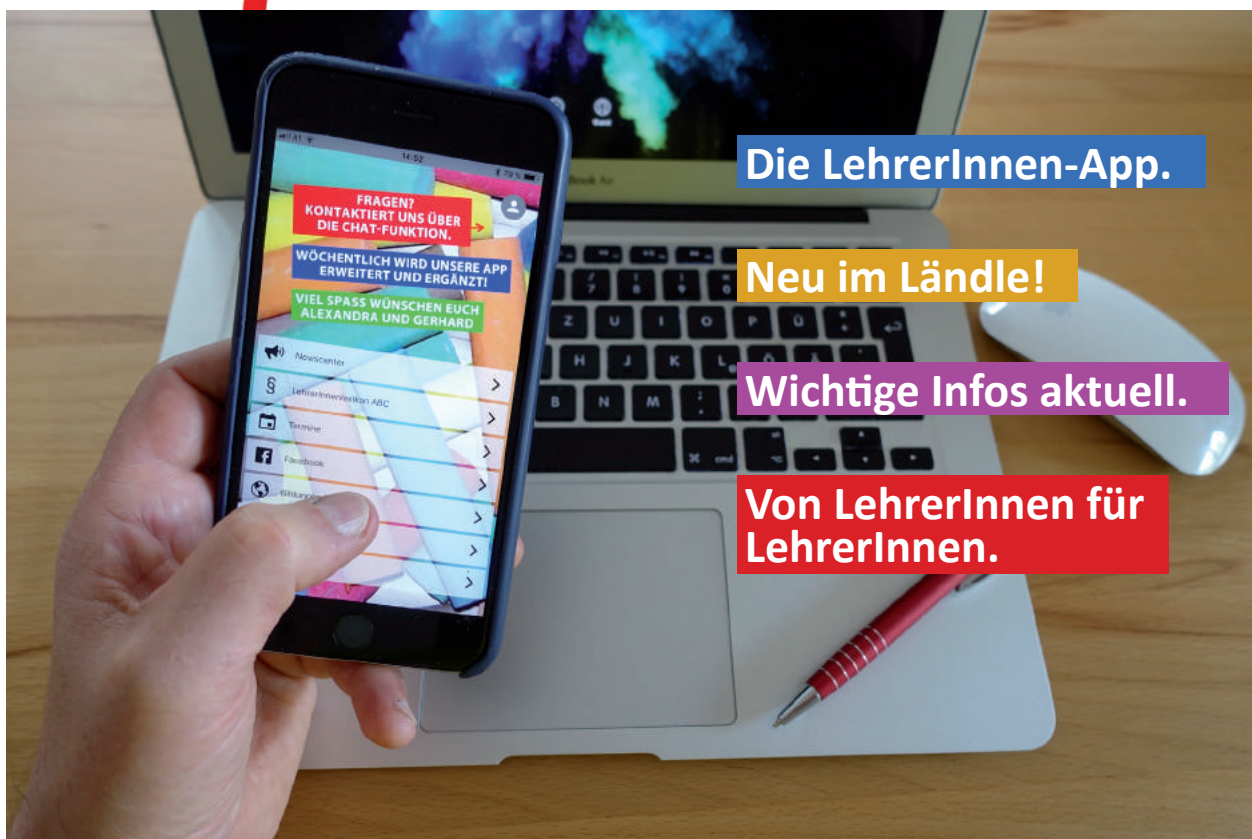


■ schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Am Gufel 1, 6706 Bürs; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Hohenems, P.b.b. GZ 02Z033923 M



Die LehrerInnen-App.

Neu im Ländle!

Wichtige Infos aktuell.

Von LehrerInnen für LehrerInnen.

- Schulreformer Glöckl - immer noch aktuell
- Pädagogik statt Bürokratie
- Deutschförderklassen - ein Erfolgsmodell?

Freie LehrerInnen
FSG - Unabhängige - SLV - VLI

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

manche werden erleichtert aufatmen. Eine neue Regierung könnte ja eventuell auch wieder die Wahlfreiheit zwischen Ziffernnoten und verbaler Leistungsbeurteilung ermöglichen, denn das war ja die Forderung gegenüber der „staatstragenden“ Ibiza-Partei. Wir dürfen also gespannt sein, wie sich die neue Regierung im Herbst zusammensetzt und was uns dann alles erwartet.

Die Freien LehrerInnen gehören zu den MitinitiatorInnen für das Volksbegehren für einen verpflichtenden Ethikunterricht für alle SchülerInnen. Aufgrund der neuen politischen Situation hoffen wir, dass der von ÖVP und FPÖ gewollte Ethikunterricht nur für abgemeldete und nichtkonfessionelle SchülerInnen doch nicht im Nationalrat beschlossen wird.

Nicht vergessen: Trotzdem können jetzt schon Unterstützungserklärungen für das Volksbegehren „Ethik für ALLE“ auf den Gemeinden und im Internet per Bürgerkarte unterschrieben werden (siehe Seite 10).

Viele LehrerInnen klagen über zunehmende Bürokratie, vermehrte Sitzungen, Testungen, Dokumentationen und vieles mehr. Von Jahr zu Jahr ist ein Ansteigen jener Arbeiten zu verzeichnen, die nichts mit dem direkten Schülerkontakt zu tun haben. Eine österreichweite Umfrage bei LeiterInnen zeigt, dass auch sie eine Zunahme der Bürokratie feststellen. Auch in Vorarlberg sind viele DirektorInnen überlastet. Dazu findet ihr einen Bericht auf Seite 16.

Die Zahl der JunglehrerInnen bei den Freien LehrerInnen ist stetig im Zunehmen begriffen. Besonders erfreut sind wir, dass uns diese jungen KollegInnen laufend mit neuen Anregungen bombardieren. Sie bringen mit ihrem Elan und neuen Ideen frischen Wind in unsere Gruppe. Etwa die Vorarlberger LehrerInnen-App: Idee und Realisierung verdanken wir Alexandra Vrhovac. Die Freien LehrerInnen werden also auch in Zukunft immer wieder neue Serviceangebote präsentieren können.

Schöne Grüße
Willi und Gerhard



- 3 Garys Nadelstiche
- 4 Schulreformer Otto Glöckl
- 6 Willis Rundschau
- 7 Rechtslage: Sie fragen - wir antworten
- 8 Schulservice: Safer Internet
- 9 Schulservice: Finanzielle Unterstützungen
- 10 Querbeet
- 12 Deutschförderklassen
- 13 Neue LehrerInnen App
- 14 Beeinspruchung von Noten
- 16 Umfrage unter den SchulleiterInnen
- 17 Kommentar: Verwaltungsaufgaben
- 18 Bericht: LehrerInnenreise Dresden
- 19 Kommentar: Willi Schneider / Buchempfehlung
- 20 Neu: LehrerInnenreise Flandern

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Sozialistischer Lehrerverein Vorarlberg,
Vorsitzende: Evelyn Bitschnau-Steurer,
Am Gufel 1, 6706 Bürs

Verantwortliche Redakteure:

Willi Witzemann, Gerhard Unterkofler

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Evi Bitschnau-Steurer, Thomas Bulant,
Werner Gerold, Alexandra Loser,
Willi Schneider, Johannes Spies,

Layout: Franz Bickel

Druck und Herstellung:

Druckerei Wenin, Dornbirn

Die **schulnotizen** sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien LehrerInnen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com

Homepage: www.freielehrer.at

Facebook: Freie LehrerInnen



Gerhard Unterkofler, Vors. Vbg. PflichtschullehrerInnengewerkschaft (unterkofler.gerhard@aon.at)

Garys Nadelstiche

Laut Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der SPÖ im April hat Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) zugegeben, dass in Österreich die Unternehmer Ende 2018 dem Finanzamt acht Milliarden Euro an Steuern schulden. Eine wirklich kostenfreie Schule, zusätzliche Ressourcen für einen fairen Sozialindex, kostenlose Ganztagesbetreuung und endlich genügend Supportpersonal wären damit locker zu finanzieren.

Letzteres wäre dringend notwendig, zumal die TALIS-Studie schon vor 10 Jahren gezeigt hat, dass in Sachen Unterstützungspersonal Österreich Schlusslicht in Europa ist.

„Die TALIS-Studie hat vor 10 Jahren schon gezeigt, dass Österreich in Sachen Unterstützungspersonal das Schlusslicht in Europa ist.“

Die PflichtschullehrerInnengewerkschaft verlangt deshalb schon seit vielen Jahren für unsere Schulen genügend administrative Entlastung und zusätzliches Unterstützungspersonal. Außer beruhigende Worte seitens der politisch Verantwortlichen ist nicht wirklich viel geschehen. Die nächste TALIS-Studie wird demnächst erscheinen und Österreichs Bewertung in diesem Bereich wird sich kaum verbessert haben. Spätestens dann werde ich wieder öffentlich Kritik üben.

BOOTCAMP FÜR GEWALTTÄTIGE SCHÜLERINNEN

Von welcher Partei diese Forderung für gewalttätige SchülerInnen wohl kommt? Na, darüber brauchen wir

hier nicht lange zu rätseln. Jedenfalls scheint dieser FPÖ-Mann zu viel Privatfernsehen konsumiert zu haben und Sendungen wie „Teenager Bootcamp“ oder „Die härtesten Eltern der Welt“ für bare Münze genommen zu haben.

ProblemschülerInnen sollten wir also zu Ersatzmamas und -papas in ein afrikanisches Dorf oder in ein Bootcamp auf den Fidschi-Inseln schicken. Eine Soap als Erziehungsvorbild? Kopfschütteln ist angesagt.

Für den Umgang mit ProblemschülerInnen und deren Eltern benötigen wir eine gute Ausbildung in Konfliktmanagement. Trotzdem sollten wir uns klar darüber sein, dass die Schule nicht alleine die Gesellschaftsprobleme lösen und oft nur Symptome bekämpfen kann, denn unsere Kompetenz endet am Schultor. Doch die Kinder und die meist überforderten Eltern brauchen auch außerhalb der Schule Hilfe, damit die Probleme nicht immer in die Schule überschwappen: Sozialarbeiter, Psychologen, Integrationsexperten und FamilienberaterInnen - doch davon gibt es viel zu wenige.

Auch wir LehrerInnen benötigen Unterstützungspersonal, etwa in Form von BeratungslehrerInnen und SupervisorInnen, denn allzu oft fühlen sich Lehrpersonen alleine gelassen und machtlos.

Und sollten sich Erziehungsberechtigte zu Querulanten-Eltern entwickeln, ist es ratsam, sich mit einem Gewerkschaftsanwalt zu besprechen. Wir müssen uns keine Rufschädigungen, Beleidigungen oder Drohungen gefallen lassen.

Außerdem müssen endlich auch die angehenden Lehrpersonen an der PH darauf vorbereitet werden: Konfliktmanagement heißt das Zauberwort.

WIR BRAUCHEN EUCH NICHT

Schon seit vielen Jahren gibt es in Vorarlberg bei PflichtschullehrerInnen keine neuen Pragmatisierungen mehr.

Es gibt aber Lehrpersonen, die gerne nach Vorarlberg kämen, die in ihren Bundesländern teilweise schon seit vielen Jahren pragmatisiert sind und

„Lehrpersonen aus anderen Bundesländern kämen gerne nach Vorarlberg, wenn das Land sie samt ihrer Pragmatisierung übernehme.“

natürlich nur dann ins Ländle kommen, wenn ihre Pragmatisierung übernommen wird. Doch davon will Vorarlberg nichts wissen, lieber verzichtet man auf diese erfahrenen KollegInnen aus den anderen Bundesländern und das trotz LehrerInnenmangel.

Das ist absurd. Die Personalvertretung hat darüber auch mit der Schullandesrätin Schöbi-Fink Gespräche geführt, doch die schiebt die Entscheidung an die Bildungsdirektion und dort wird munter weiter geschoben.

Ein Verzicht auf die Pragmatisierung bedeutet für diese Lehrpersonen natürlich mehrere hundert Euro weniger an Pension und außerdem keine Möglichkeit mehr, über mehrere Jahre eine Abfertigung aufzubauen zu können. Die Lust nach Vorarlberg zu kommen ist da enden wollend.

Da handeln andere Bundesländer - auch Tirol - bedeutend freundlicher gegenüber LehrerInnen und übernehmen natürlich pragmatisierte Lehrpersonen.



Vor 100 Jahren – Otto Glöckel und die Schulreform

Johannes Spies, Lehrer an der MS Dornbirn-Markt (johannes.spies@me.com)

Otto Glöckel wurde 1874 in Pottendorf in Niederösterreich geboren. Am Unterrichtsbetrieb seiner Zeit hatte Glöckel einiges zu bemängeln. Seine zentrale Kritik: Immer wieder wird das Gedächtnis einseitig belastet. Schüler sind niemals selbsttätig. Bücher sind die einzige Wissensquelle und Prüfen steht im Mittelpunkt des Unterrichts.

Durch seinen Vater, selbst Lehrer, kam Glöckel bereits in seiner Jugend in Kontakt mit dem Lehrberuf. Nach Absolvierung der Lehrerbildungsanstalt trat er mit etwas mehr als achtzehn Jahren in den Schuldienst ein.

Glöckel war bereits zu Beginn seiner Lehrtätigkeit mit großen Herausforderungen konfrontiert. Seine erste Klasse zählte 60 Schüler. Ein Großteil davon bestand aus Repetenten. Einige der Schüler schliefen während des Unterrichtes ein, was keine Besonderheit darstellte, da viele von ihnen bis spät in die Nacht als so genannte Kegelbuben in einem der lokalen Gasthäuser tätig waren, oder früh am Morgen als Milch-, Gemüse- oder Zeitungsausträger ein wenig Geld verdienten. Diese Erfahrungen schärften Glöckels soziales Gewissen und sein Verständnis für die schwierige Lage der Arbeiterschaft.

Durch den Sieg der Sozialdemokratie bei den Wahlen 1919 zog Glöckel im Alter von 45 Jahren als Unterstaatssekretär in das Ministerium für Inneres ein, wo die Schula-

„Die Erfahrungen schärften Glöckels soziales Gewissen und sein Verständnis für die schwierige Lage der Arbeiterschaft.“



genden angesiedelt waren. Sogleich machte er sich daran, den Unterricht vom vorherrschenden Modell des Frontalunterrichtes wegzuführen, die Diskrepanz sozialer Unterschiede abzubauen sowie Bildungsprivilegien zu beseitigen. Daneben war Glöckel die Koedukation und die Abschaffung der verpflichtenden Teilnahme am Religionsunterricht ein wichtiges Anliegen. In seinem Erlass vom April 1919 sichert er Frauen den freien Zugang zu Universitäten.

Die reformierte Schule der Zukunft sollte auf den Prinzipien der Demokratie gründen. Nicht mehr durch autokratische, von

der Obrigkeit bestimmte Vorgaben sollte Schule bestimmt werden, sondern Eltern, Schüler und Lehrer in Entscheidungen einbezogen werden.

„*Aufstieg der Begabten, Einheitschule und Arbeitsschule*“ – diese drei Worte bezeichneten die Grundsäulen der Schulreform Glöckels. Unter „Aufstieg der Begabten“ war ein forciertes Fördern intellektueller Begabungen zu verstehen. Alle Begabungen sollten in der Schule ganzheitlich gefördert werden. Ausgangspunkt dieser Sichtweise war die grundsätzliche Annahme, dass jedes Kind Begabungen mitbringt. Diese sollten durch Wahlfächer, Förderunterricht für spezielle Neigungen, Einführung neuer Oberschultypen und moderner Unterrichtsmethoden zur Entfaltung gebracht werden.

„Einheitsschule“ bezeichnete eine einheitliche Organisation des Bildungswesens. Unter dem Schlagwort „Arbeitsschule“ sollten Handfertigkeiten gefördert werden.

Mit einem Erlass vom 8. Juni 1920 wurde die versuchsweise Einführung der neuen Lehrpläne für das Schuljahr 1920/21 verordnet. Diese Maßnahme sollte sich zunächst auf die ersten vier Schuljahre der allgemeinen Volksschule erstrecken.

Um die Forderungen der Schulreform umzusetzen und Erfahrungswerte über den Grundsatz der Arbeitsschule zu erhalten, wurden so genannte Versuchsklassen ein-

geführt. Die Lehrkräfte dieser Klassen wurden von der Einhaltung der vorgeschriebenen Lehr- und Stundenpläne entbunden und waren lediglich dazu verpflichtet, Lehrziele ohne Rücksichtnahme auf besondere Einzelheiten zu erreichen. Das Erarbeiten des Lehrstoffes sollte unter Verlegung des Sachunterrichtes ins Freie, Werkunterricht als Unterrichtsgrundsatz und durch Schülerversuche erfolgen.

Ab 1922 war Glöckel als geschäftsführender Präsident des Wiener Stadtschulrates tätig, wo er ebenso versuchte, seine Reformen durchzusetzen.



Stark ablehnend bis feindlich standen die Vorarlberger Christlichsozialen den Reformplänen Glöckels gegenüber. Zwei Jahre nach dem Beginn der Reformbestrebungen, im Jahre 1922, reagierten einige Vorarlberger Volksschullehrer auf das Schlagwort „Schulreform“ wie folgt:

„Schulreform ist das Schlagwort der Feinde des Christentums. Unter die-

sem Deckmantel soll unsere Jugend, die Zukunft unseres Volkes, der Religion entfremdet und sozialistischen Ideen zugänglich gemacht werden. Die Erziehung unserer Jugend soll so geleitet werden, dass die Jugend gar nicht mehr anders denken und fühlen kann als sozialistisch.“

Begrüßt wurden die Reformbestrebungen von der Großdeutschen Partei. Die Durchführung der Schulreform musste jedoch „wohlüberlegt und nicht überstürzt“ durchgeführt werden.

Erwartungsgemäß bejubelt wurden Glöckels Reformvorschläge von den Vorarlberger Sozialdemokraten.

Die konservative Schulpolitik der Christlichsozialen drehte sich aus Sicht der Sozialdemokraten bisher ausschließlich um „Gelobt sei Jesus Christus“, „Gebet für Leben und Sterben“ und „Gottes Zucht“.

Glöckels Reformen setzten sich jedoch nicht nachhaltig durch. 1928, nachdem abzusehen war, dass die Schulreformpläne nicht das gewünschte Ergebnis lieferten, äußerte Glöckel, dass seine Schulreform eine theoretische Stilübung bleibe, solange es nicht gelinge, die Lehrerschaft für die Schulreform zu gewinnen und er gewann die Einsicht, eine Schulreform könne nicht

durch behördliche Erlässe verordnet werden. Tatsächlich war der Großteil der österreichischen Lehrerschaft, ausgenommen jener von Wien, kritisch bis ablehnend eingestellt.

Der Hauptgrund des Scheiterns ist im Verhältnis zur katholischen Kirche zu finden. Glöckels antiklerikale Haltung wurde schon 1911 in seiner

Schrift „Schulreform und Klerikalismus“, in welcher er eine strikte Trennung von Kirche und Schule forderte, offenkundig. Glöckel warf der Kirche vor „jede freie Regung zu unterdrücken, weil ihre Existenz von einer verdummtten, aber gläubigen, unselbständigen Masse abhängt.“ Glöckels Erlass, welcher die verpflichtende Teilnahme am Religionsunterricht abschaffen sollte, belastete das ohnehin schon schwierige Klima zwischen Sozialdemokratie und Kirche zusätzlich. Der Klerus und die gläubige Öffentlichkeit reagierten daraufhin auf jeden weiteren Erlass Glöckels mit großer Empfindlichkeit.

„Glöckel wirkt trotz des Scheiterns seiner Reformpläne nachhaltig bis in die Gegenwart. Bis heute besteht seine Forderung nach einer gemeinsamen Schule“

Glöckel wirkt trotz des Scheiterns seiner Reformpläne nachhaltig bis in die Gegenwart. Bis heute besteht seine Forderung nach einer gemeinsamen Schule und die Überzeugung, Unterricht soll zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, Mündigkeit und Kritikfähigkeit junger Menschen führen.

Das Bildmaterial stammt von Wikimedia Commons:

<https://commons.wikimedia.org/wiki/Commons:Weiterverwendung>



Willis Rundschau Systemversagen

ZA-Vorsitzender Willi Witzemann (witzewilli@hotmail.com)

„Speed kill“, heißt es und das rauchende Tempo, welches unser Bildungsminister unseren Schulen verordnet, hinterlässt viel Kopfschütteln.

So wurden zum Teil Gesetze erlassen, die vielleicht in Wien umsetzbar sind, keinesfalls jedoch in allen Bundesländern und schon gar nicht in Vorarlberg. Man denke hier an die Verpflichtung zum Mittagessen an den Schulen in Ganztagsklassen oder etwa die Einführung der Deutschförderklassen. Obwohl es bei uns ein erst kürzlich eingeführtes, erfolgreiches Leseförderprogramm gab (Unterrichtsbegleitende Sprachstandsbeobachtung – Deutsch als Zweitsprache), mussten Deutschförderklassen installiert werden – und dies noch bevor eine abschließende Evaluierung stattfinden konnte.

WENN ALLES AUS DEN FUGEN GERÄT

Ähnlich verhält es sich mit der Verpflichtung zur Ziffernbeurteilung ab der 2. Schulstufe. Wenn von Seiten des Ministeriums von einer „Weiterentwicklung der Leistungsbeurteilung – insbesondere bei der Notengebung in der Volksschule“ gesprochen wird, treibt es so manch engagierte KollegInnen die Zornesröte ins Gesicht. Eine Unterschrift



tenaktion zur **Wahlfreiheit** bei der Leistungsbeurteilung, eine seit vielen Jahren erfolgreiche Vorgehensweise der Schulpartnerschaft in Vorarlberg, ignorierte der Minister ebenso wie die Stellungnahmen des damaligen Vbg. Landesschulrates oder der PflichtschullehrerInnengewerkschaft. Es wird einfach verordnet, dass alle Zeugnisse eine Ziffernbewertung ab der 2. Klasse haben müssen - und damit basta!

Wie hieß es doch so schön, frei nach Heinrich Kleist: Der Krug geht so lange zum Faß(mann), bis er bricht! Der Herr Minister hat hier wohl die engagierte Lehrerschaft in Vorarlberg unterschätzt und so werden bereits eifrig Pläne geschmiedet, wie man diesem leidigen Gesetz entgegenkommen kann.

Kürzlich trafen sich auf Vermittlung der Personalvertretung 40 engagierte KollegInnen aus verschiedenen Volksschulen in Altach, um die weitere Vorgehensweise bezüglich „Wahlfreiheit der Schulen zur Alternativen Leistungsbeurteilung“ zu diskutieren. Der pädagogische Leiter Andreas Kappauer und die Präsidialleiterin Christiane Peter vertraten gemeinsam mit SQM Judith Sauerwein die Bildungsdirektion. Gemeinsam soll nun versucht werden, ein „Vorarlberger Modell“ für die Wahrung dieser Wahlfreiheit zu ermöglichen.

Wir bleiben hier dran und werden dem Minister eilige Grüße aus Vorarlberg zusenden. Die wird er wohl eher zu spüren bekommen und weniger ignorieren können, als die 800 Unterschriften der KollegInnen der Volksschulen. Doch die neuesten Ereignisse geben uns Hoffnung: Ohne FPÖ in einer zukünftigen Regie-

rung könnte die freiwillige alternative Leistungsbeurteilung über Nacht wieder möglich sein. Hoffnung keimt auf!

ZENTRALISMUS CONTRA FÖDERALISMUS

Vielleicht kann dem Minister auch einmal mitgeteilt werden, dass die Uhren in Vorarlberg etwas anders laufen als in Wien. Man kann nicht alles über einen Kamm scheren und vereinheitlichen. Immerhin werden

„In Vorarlberg werden schon jahrelang alternative Leistungsbeurteilungsformen erarbeitet und diese auch erfolgreich umgesetzt.“

in Vorarlberg schon jahrelang alternative Leistungsbeurteilungsformen erarbeitet und auch erfolgreich umgesetzt. Und das alles mit Zustimmung der Eltern. Diese Erkenntnisse nun zu ignorieren, bezeichne ich als grob fahrlässig.

Das Positive am Vorarlberger Schulsystem hat Mag. Andreas Kappauer in seiner Rede bei der 50-Jahrfeier der MS Au hervorgehoben. Er meinte, dass trotz aller Vorgaben aus Wien, aller verpflichtenden Regulierungsmaßnahmen und Testungen, es nicht nur im Bregenzerwald immer noch gelingt, dass Kinder viel Spaß an der Schule haben können. Der Hauptgrund dafür liegt nicht in Wien, sondern bei den überaus motivierten und engagierten KollegInnen, die mit viel Freude jeden Tag mit den Kindern arbeiten. Dafür gebührt allen Schulen, LehrerInnen und DirektorInnen Lob und Anerkennung. Wir von der Personalvertretung werden unser Bestmöglichstes tun, euch hierbei tagtäglich zu unterstützen!



Sie fragen, wir antworten.

Gerhard Unterkofler, Willi Witzemann

UMZUGSARBEITEN FÜR DIE SCHULE

? Unsere Schule wird renoviert und deshalb müssen alle Schulmöbel in das Ersatzgebäude transportiert werden. Die Gemeinde möchte nun, dass wir LehrerInnen in der letzten Schulwoche diese Umzugsarbeiten verrichten. Wie ist da die rechtliche Lage?

§ Nun, Umzugsarbeiten liegen natürlich nicht im Aufgabenbereich einer Lehrperson. Die Gemeinde oder Stadt kann zwar Wünsche äußern, die ihr in diesem Fall aber nicht befolgen müss. Sollte die Leitung euch eine Weisung geben, so ist dies - laut Rechtsabteilung der Gewerkschaft - rechtswidrig und ihr könntet euch dagegen wehren. Wenn ihr solche Arbeiten freiwillig macht, solltet ihr aus Haftungsgründen von der Leitung unbedingt einen Dienstauftrag erhalten.

ACHTUNGSVOLLER UMGANG

? Ich bin Junglehrerin und werde von meinem Team-teaching-Kollegen beleidigend zurechtgewiesen, als dumm bezeichnet und auch vor der Klasse lächerlich gemacht.

§ Wir empfehlen dringend, in dieser Angelegenheit mit der Leitung zu sprechen. Sollte dieses unkollegiale Verhalten nicht aufhören, kann die Personalvertretung

oder die Mobbing-Koordinationsstelle (Elfriede Böhler) in der Bildungsdirektion kontaktiert werden. Wir möchten darauf hinweisen, dass zum Thema „Achtungsvoller Umgang“ im LDG § 29a folgender Text steht: „Landeslehrpersonen haben als Vorgesetzte ihren MitarbeiterInnen und als MitarbeiterInnen ihren Vorgesetzten sowie einander mit Achtung zu begegnen und zu einem guten Funktionieren der dienstlichen Zusammenarbeit beizutragen. Sie haben im Umgang mit ihren Vorgesetzten, KollegInnen sowie MitarbeiterInnen Verhaltensweisen oder das Schaffen von Arbeitsbedingungen zu unterlassen, die deren menschliche Würde verletzen oder dies bezwecken oder sonst diskriminierend sind.“

RUFSCHÄDIGUNG DURCH ELTERN

? Muss ich mir als Lehrperson von Eltern alles gefallen lassen? Was kann ich tun, wenn ich einer Rufschädigung oder Beleidigung ausgesetzt bin?

§ Wenn nach Gesprächen mit den Eltern unter Einschaltung der Leitung und der SchulqualitätsmanagerInnen die Eltern weiterhin rufschädigende Äußerungen verbreiten, sollte unbedingt mit der Personalvertretung oder PflichtschullehrerInnengewerkschaft Kontakt aufgenommen werden.

Ein gutes Krisenmanagement und Kenntnisse der Rechtsslage sind in so einem Fall immer von Vorteil. Trotzdem: Es kann leider nicht immer verhindert werden, dass Eltern in die Öffentlichkeit gehen. Wichtig ist,

dass die betroffene Lehrperson früh genug einen Anwalt kontaktiert, mit dem dann die weitere Vorgangsweise besprochen werden kann. Gewerkschaftsmitgliedern steht dabei der Gewerkschaftsanwalt kostenlos zur Verfügung.

GESCHENKANNAHME

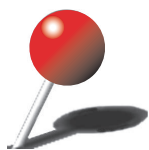
? Die Eltern einer Abschlussklasse wollen einer Lehrerin meiner Schule als Abschiedsgeschenk einen Wochenendaufenthalt in London schenken. Als Leiter habe ich da so meine Bedenken. Wie sieht das rechtlich aus?

§ Die Geschenkkannahme ist im LDG § 41 geregelt. Demnach ist es dem Landeslehrer/der Landeslehrerin untersagt, für sich oder einen Dritten ein Geschenk, einen anderen Vermögensvorteil oder sonstigen Vorteil zu fordern, anzunehmen oder sich versprechen zu lassen. Orts- oder landesübliche Aufmerksamkeiten von geringem Wert gelten nicht als Geschenke. Im Falle eines Londonaufenthaltes kann wohl nicht von einem geringen Wert gesprochen werden. So ein Geschenk ist deshalb abzulehnen.

Auch auf Facebook

Freie
LehrerInnen

FSG / Unabhängige / SLV / VLI





SAFER INTERNET


Das Internet bestimmt immer mehr unser berufliches wie privates Leben. Da können schnell einmal Fragen und auch rechtliche Probleme entstehen.

Nur wenige Lehrpersonen wissen, was ihre SchülerInnen im Internet oder am Handy genau tun. Auch wenn für Kinder und Jugendliche digitale Medien ein Bestandteil des täglichen Lebens sind, unterschätzen sie oft die Risiken und Folgen ihrer Handlungen im Netz. Den meisten Lehrpersonen fehlt die Erfahrung, um ihre SchülerInnen in diesem Bereich kompetent zu unterstützen.

www.saferinternet.at

 Digitale Bildung wird auch vermehrt im Unterricht Thema sein. Diese Plattform informiert darüber, wie in der Schule das Thema „sichere Internet- und Handynutzung“ unterrichtet werden kann.

 Neben Unterrichtsmaterialien zum Thema Internet, soziale Medien oder Hass im Netz gibt es dort spezielle Infos für LehrerInnen, Eltern und Jugendliche.

 Es können auch Broschüren für den Unterricht oder Elternabend bestellt bzw. heruntergeladen werden. So gibt es Flyer zu den Themen Snapchat, Internet-Betrug, Facebook oder Instagram.

Weitere Themen: Cyber-Mobbing, digitale Spiele, Handy & Tablet, soziale Netzwerke, Datenschutz, Informationskompetenz, Selbstdarstellung, problematische Inhalte, Urheberrechte, Viren, Spam & Co, Online-Shopping, Internet-Betrug, digitale Grundbildung, Kopiervorlagen und wichtige Links für den Unterricht.

Es lohnt sich einmal reinzuschauen!

Freie Werknutzung für Lehrende

Für den Unterricht gilt die „Freie Werknutzung für Lehrende“, womit viele Probleme mit dem Copyright im Unterricht gesetzlich geregelt sind. Weitere Infos zu diesem Thema bietet die 13. Mittwochsinfo 2018/19.

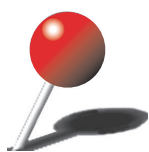
www.ombudsmann.at

Der Internet-Ombudsmann ist eine nach dem Alternative-Streitbeilegung-Gesetz staatlich anerkannte Schlichtungsstelle für Streitigkeiten rund um online abgeschlossene Verträge. Der Internet Ombudsmann wird vom österreichischen Sozialministerium und der Arbeiterkammer unterstützt. Seine Hilfe ist kostenlos, der Kontakt kann über die Homepage www.ombudsmann.at hergestellt werden.

Unter anderem gibt es Hilfen zu folgenden Themen:

- Du hast Fragen zum Copyright in der Schule.
- Du erhältst eine Abmahnung, weil Fotos ohne Lizenz auf der Schulhomepage veröffentlicht wurden.
- Du hast etwas online bestellt, aber nie bekommen.
- Du hast dich kostenlos registriert, und jetzt sollst du zahlen.
- Du kannst dein Online-Abo nicht kündigen.
- Deine privaten Daten tauchen auf einmal im Internet auf.
- Dein Facebook-Konto wurde gekapert.

Er berät auch zu internetbezogenen Themen wie Urheberrecht, Datenschutzrecht, Recht am eigenen Bild oder Persönlichkeitsrechte.










FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNGEN

Bildschirmarbeitsbrille

Verrichtet eine Lehrperson durchschnittlich mehr als zwei Stunden ihrer Tagesarbeitszeit mit Bildschirmarbeit und leidet deshalb unter Sehbeschwerden, gibt es eine Unterstützung des Arbeitgebers beim Kauf einer Bildschirmbrille.

Was ist zu tun?

-  Die Lehrperson hat sich einer Untersuchung der Augen und des Sehvermögens bei der ameco (Arbeitsmedizinisches Zentrum Vorarlberg, Rheinstraße 61, 6900 Bregenz, Tel. 05574/202-1031) zu unterziehen.
-  Die Kosten der Untersuchung werden vom Dienstgeber getragen.
-  Die ameco prüft, ob die Fehlsichtigkeit der Lehrperson durch eine Bildschirmarbeitsbrille korrigiert werden muss.
-  Die Lehrperson muss über 50 Jahre alt sein.
-  Ist eine Bildschirmarbeitsbrille notwendig, kann die Lehrperson eine solche Sehhilfe bei einem Optiker anfertigen lassen.
-  Die Kosten werden vom Dienstgeber bis zu einem Höchstbetrag von € 290,00 ersetzt.
-  Anträge auf Kostenbegleichung werden im Dienstweg an die Schulabteilung weitergeleitet. Unbedingt Bestätigung der ameco und die bezahlte Optikerrechnung beilegen.

Dr. Nada Ivica

**Bildschirmarbeitsbrille – Sehtests
Terminvereinbarung unter
Bianca.Heindl-Gehrer@aks.or.at
Oder 05574/202-1031**

Zuschuss Wohnbaudarlehen

Für Schaffung, Erwerb bzw. Sanierung (mindestens € 80.000,--) von Eigenheimen bzw. Eigentumswohnungen können LandeslehrerInnen um einen Zuschuss ansuchen. Voraussetzung dafür ist ein Darlehen bei einem österreichischen Kreditinstitut über mindestens € 8.000,--.

Der Zuschuss wird in 10 gleichbleibenden Jahresraten à € 300,-- ausbezahlt. Formular und Richtlinien gibt es auf vobs.at.

Wenn die Benützungsbewilligung, Bezug der Wohnung oder Abschluss der Sanierung mehr als sechs Monate zurückliegt, gibt es keine Möglichkeit mehr, für diesen Zuschuss anzusuchen, so die Richtlinien für die Gewährung dieses Darlehens-Zuschusses.

Zimmerzuschuss

LehrerInnen, die infolge zu großer Entfernung zwischen Hauptwohnsitz und Stammschule bzw. wegen ungünstiger Verkehrsverbindungen eine Zweitunterkunft benötigen, können eine monatliche Aufwandsentschädigung (Zimmerzuschuss) beantragen. Bei Erfüllung der Voraussetzungen werden € 120,-- zwölfmal pro Schuljahr gewährt. Dieser Zuschuss gebührt für eine Dauer von höchstens zwei Jahren. Besonders interessant ist das für KollegInnen aus den anderen Bundesländern. Formular auf vobs.at.

Belohnung

GehG § 19: Nach Maßgabe der vorhandenen Mittel kann der Lehrperson für besondere Leistungen, die nicht nach anderen Vorschriften abzugelten sind, eine Belohnung gewährt werden. Dazu ist ein formloser Antrag vom Leiter/von der Leiterin an die Schulabteilung notwendig.



Volksbegehren: Verpflichtender Ethik-Unterricht für alle

Bildungsminister Faßmann hat sich für den verpflichtenden Ethik-Unterricht ausgesprochen, aber nur für jene, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen. Damit kann der Ethikunterricht von SchülerInnen eher als Sanktionsmaßnahme denn als Bereicherung empfunden werden, sozusagen ein Ersatzdienst für die Gottlosen. Noch gibt es keinen Beschluss und man kann nur hoffen, dass durch die vorgezogene Neuwahl der von Faßmann diskriminierende Ethikunterricht vom Tisch ist.

Dagegen spricht sich nun das Komitee Ethik für ALLE aus, deren Sprecher Mag. Eytan Reif ein gleichnamiges Volksbegehren registrieren ließ. Unter den Initiatoren gehören neben dem Religionspädagogen der Uni Salzburg, Dr. Anton Bucher, oder dem Historiker Harald Walser auch die Freien LehrerInnen mit SLV, VLI und der Vorarlberger FSG-PflichtschullehrerInnengewerkschaft an. Um das Volksbegehren einleiten zu können, werden 8.401 Unterstützungserklärungen benötigt. Die Unterstützungserklärung kann auf der Gemeinde oder per Internet mit Handy-Signatur bzw. Bürgerkarte abgegeben werden. Weitere Infos: www.ethikfueralle.at

Auch LehrerInnengewerkschafter Gerhard Unterkofler unterstützt dieses Volksbegehren: „Ziel eines pluralistischen Staates muss es sein, ein gemeinsames Wertefundament für das gesellschaftliche Miteinander zu schaffen. Dazu gehören unter anderem Themen wie die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft, religiöse Toleranz, Umgang mit der Umwelt oder philosophische Fragen und die Kenntnisse zu den Weltreligionen. Mit der geplanten Regelung erhalten Kinder fundamentalistischer Religionen leider weiterhin nur ihr konfessionell eingefärbtes Ethikbild vermittelt.“

Danke Elke!

Im Februar 2019 hat die Wolfurterin Elke Gartner, die seit 2009 Vorsitzende des DA Bregenz/Umgebung war, aus persönlichen Gründen ihren Rücktritt erklärt.

Elke Gartner stieß schon in den achtziger Jahren zu den Freien LehrerInnen und führte erfolgreich als Vorsitzende seit 2009 den DA Bregenz/Umgebung. Die Tätigkeit als Personalvertreterin wurde dabei zu ihrer Leidenschaft.

Die geprüfte Mittelschullehrerin ist seit 1981 im Schuldienst. Sie war auch in der LehrerInnenfortbildung tätig und arbeitet seit Herbst 2013 an der PTS Lauterach als Lehrerin und Leiterin.

Die Freien LehrerInnen bedanken sich für die vielen Jahre, die Elke als Personalvertreterin für das Wohl der KollegInnen eingetreten ist. Wir wünschen Elke weiterhin eine erfolgreiche Zeit als Direktorin der PTS Lauterach, an deren Errichtung und Planung sie maßgeblich beteiligt war.



Elke
Gartner

Besoldungsreform gekippt

Der EuGH hatte in der Vergangenheit die Nicht-Anrechnung von Vordienstzeiten vor dem 18. Geburtstag als altersdiskriminierend verurteilt. Der Reparaturversuch der Regierung, wonach Vordienstzeiten vor Vollendung des 18. Lebensjahres berücksichtigt werden, die Auswirkung jedoch durch die Verlängerung des ersten Vorrückungszeitraums von zwei auf fünf Jahre weitestgehend neutralisiert wurde, hat der EuGH wiederum gekippt.

Die GÖD fordert daher:

- umgehende Aufnahme sozialpartner-schaftlicher Verhandlungen
- Entschädigung der durch das alte System diskriminierten KollegInnen
- eine Neuregelung darf für niemanden zu Verlusten in der Lebensvedienstsumme führen.

Weitere Informationen der GÖD werden folgen. (siehe auch www.freielehrer.at)

AHS-LehrerInnen an der NMS

In den nächsten Jahren sollen alle AHS-LehrerInnen, die an der NMS im Teamteaching (mit einer AHS als Stammschule) unterrichtet haben, abgezogen werden. Davon ist Vorarlberg nur in wenigen Fällen betroffen. Für Lehrpersonen, die ein Studium für allgemeinbildende höhere Schulen abgeschlossen haben, deren Stammschule eine MS oder VS ist, gilt dies nicht. Diese Lehrpersonen können weiterhin an den Pflichtschulen angestellt werden. In Zukunft werden sie aber in die Gehaltsstufe L2a2 eingestuft und benötigen keinen Sondervertrag mehr (laut Regierungsvorlage).

Neue Vorsitzende im DA Bregenz/Umgebung

Auf der DA-Sitzung am 3. April 2019 wurde Alexandra Loser zur neuen Vorsitzenden im DA Bregenz/Umgebung gewählt.

Alexandra Loser ist geprüfte Sonderschulpädagogin, hat das Lehramt in Englisch und EH und unterrichtet an der MS Bregenz-Schendingen. Sie ist Mitglied im Vorstand des SLV und der Landesleitung der Vorarlberger PflichtschullehrerInnenengewerkschaft. Alexandra ist seit 2014 Mitglied im Dienststellenausschuss und seit 10 Jahren bei den Freien LehrerInnen. Ab diesem Schuljahr arbeitet sie auch einen Vormittag pro Woche im Büro des Zentralausschusses mit. Sie verfügt über gute Verbindungen zum SLÖ in Wien und der FSG-PflichtschullehrerInnenengewerkschaft im Bund.



Alexandra
Loser

Kontaktlinsen für Lehrpersonen

Während früher nur SportlehrerInnen Kontaktlinsen von der BVA finanziell ersetzt bekamen, gibt es laut Auskunft der BVA diese Einschränkung nicht mehr.

In einem Schreiben der BVA zum Thema Kontaktlinsen heißt es: „Grundsätzlich liegt die berufliche Voraussetzung dann vor, wenn durch die Besonderheit der Tätigkeit die Berufsausübung ohne den beantragten Sehbehelf eingeschränkt oder gefährdet ist. **Die Voraussetzungen werden für die Berufsgruppen Exekutive sowie Pädagogen als gegeben angenommen.**“

Vorgangsweise: Der Augenarzt verschreibt die Kontaktlinsen, der Optiker rechnet dann mit der BVA ab. Info: BVA-Vorarlberg, Tel. 05 04 05 Die VGKK bezahlt Kontaktlinsen nur in ganz besonderen Fällen.



Petition an Schullandesrätin Schöbi-Fink

Die VolksschullehrerInnen der VS Dornbirn-Leopoldstraße verlangen mehr Ressourcen für das schulische Unterstützungssystem. Bildung müsse für alle ermöglicht werden, auch für Kinder in schwierigen und benachteiligten Situationen.

Im Brief, der auch an die Personalvertretung, an den Pädagogischen Leiter der BD, Mag. Andreas Kapparer, und an SQM Monika Steurer geschickt wurde, heißt es:

„Wir schätzen die professionelle Arbeit der Schulpsychologie sowie der Beratungs- und Krisenbegleitlehrpersonen sehr, müssen jedoch aus eigener Erfahrung feststellen, dass wir Lehrerinnen und Lehrer mit Kindern mit dringendem Abklärungs- bzw. Unterstützungsbedarf leider oft im Regen stehen gelassen werden - schlichtweg weil diese schulischen Institutionen über zu wenig Personal verfügen. Über Monate hinweg warten Kinder auf eine schulpsychologische Abklärung, über Monate hinweg müssen wir Pädagoginnen und Pädagogen auf die Zuweisung einer Krisenbegleitlehrperson warten! Viel zu viel wertvolle Zeit verstreicht, bis für die Kinder Maßnahmen eingeleitet werden können.“

In dieser Wartezeit - so die Unterzeichner der Petition - würden die Belastungsgrenzen der PädagogInnen überschritten.

Der Brief endet mit der Forderung nach einem funktionierenden Unterstützungs-Management für die Schulen. „... im Sinne unserer eigenen Gesundheit fordern wir eine Aufstockung des Supportpersonals für die genannten Institutionen, die's wirklich bringt!

Wir sind uns sicher, dass viele Schulen unseres Landes mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben und unser Anliegen bzw. unsere Forderung teilen.“

Die Antwort von Schullandesrätin Schöbi-Fink ließ nicht lange auf sich warten (siehe www.freielehrer.at).

www.freielehrer.at

Deutschförderklassen - ein Erfolgsmodell?

ZA-Vorsitzender Willi Witzemann (witzewilli@hotmail.com)

Wenn man der ersten Bilanz der Bundesregierung bezüglich Deutschförderklassen Glauben schenken möchte, müsste man meinen, dass die Bundesregierung hier den Stein der Weisen gefunden hat. Die seit Herbst 2018 eingerichteten Deutschförderklassen zeigen offenbar Wirkung.

Eine erste Bilanz des Ministers ergibt nämlich, dass sich rund 15 Prozent der betroffenen Kinder so verbessert haben, dass sie wieder am regulären Unterricht teilnehmen können. Dies seien nun rund 865 Kinder weniger in den Deutschförderklassen. (ORF 21.2.19)

Mit der Schlagzeile vom 12. März wurde noch ein Schäufelr nachgelegt: Rund 1.500 Kinder, immerhin 16 Prozent der österreichweit 9.800 Kinder, die das Schuljahr 2018/19 in einer Deutschförderklasse begonnen haben, konnten diese nach einem Semester wieder verlassen. Soweit die Angaben des Bildungsministeriums.

Wie kommt es nun aber zu dieser – ach so tollen – Erfolgsbilanz, die Faßmann im Frühjahr 2019 präsentierte?

In Wirklichkeit sagt die vorgelegte Bilanz nichts darüber aus, weshalb Schüler die Deutschförderklassen verlassen haben: Möglich ist natürlich die erfolgreiche Absolvierung

„Die vorgelegte Bilanz sagt nichts darüber aus, weshalb SchülerInnen nicht mehr die Deutschförderklassen besuchen.“

der Sprachüberprüfung, aber auch die Auflösung von Deutschklassen aufgrund des Umzugs von Schülern und damit verbunden auch der Wegfall ganzer Klassen. Sollen das

nun erfolgreiche Rückführungen sein? Hat hier wer geschummelt?

Wenn man aber eine ehrliche Bilanz ziehen möchte, sollte man nicht nur auf ödes Zahlenmaterial verweisen und falsche Schlüsse ziehen, sondern ganz einfach die

„Lehrerinnen wünschen sich kleinere Gruppen in den Deutschförderklassen.“

KollegInnen vor Ort befragen. So ist es nicht verwunderlich, dass „in einer Deutschförderklasse, die 24 Kinder besuchen, die Lerngruppe viel zu groß ist. Wenn man das umrechnet, dann bleiben bei einer Unterrichtsstunde zwei Minuten pro Kind. Das ist eigentlich sehr wenig“, sagt Lehrerin Sabine Satzinger von der Volksschule Pastorstraße in Wien. „Es gibt keine Schülerhöchstgrenzen, kleinere Gruppen oder mehr Lehrpersonal wird daher dringend gewünscht.“

Generell begrüßen die Direktorin und LehrerInnen jede Maßnahme zur Sprachförderung, trotzdem sehen sie den getrennten Unterricht kritisch. „Das liegt vor allem daran, dass es nur ein Sprachvorbild in einer Deutschförderklasse gibt und das ist der Lehrer oder die Lehrerin“, so Direktorin Josefine Pendorfer.

In Vorarlberg wurden in diesem Schuljahr an 11 Schulen Deutschförderklassen geführt. Die Rückmeldungen der KollegInnen sind ähnlich: „Das größte Problem war es, dass die Deutschförderklassen mit aller Gewalt im Schuljahr 2018/19 starten mussten, obwohl kein Lehrplan und kaum Informationen vorhanden waren. Dann wurde uns auch noch im zweiten Semester der MIKA-D (Messinstrument zur Kompetenzanalyse – Deutsch) aufgezwungen. Das war schon eine sehr große Herausforderung!“

Natürlich ist eine intensive Sprachförderung sehr wichtig, aber „Kinder lernen die deutsche Sprache in dieser Klasse ausschließlich über die Lehrperson. Es wäre genauso wichtig, wenn sie dies von gleichaltrigen Kindern mitlernen könnten.“

Positiv waren die regelmäßigen Treffen und der Austausch mit anderen KollegInnen aus Deutschförderklassen sowie die Unterstützung der Leseteams.



R_K_by_brit_berlin_pixelio.de

„Wir hatten anfangs fünf VorschülerInnen und drei QuereinsteigerInnen. Nun sind immer mehr QuereinsteigerInnen dazu gekommen. Somit haben wir 13 SchülerInnen für die Deutschförderklasse. Die größeren Kinder mit den kleineren Kindern gemeinsam zu unterrichten,

Viele Fragen sind offen und Ungereimtheiten verunmöglichen einen effizienten Unterricht in den Deutschförderklassen.

ten, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Lern- und Sprachunterschiede sind einfach viel zu groß! Auch ist es sehr schwierig, geeignete Lehrpersonen zu finden, die diese gewaltige Herausforderung angehen wollen.“

Eine andere Kollegin meinte, dass Deutschförderklassen in der Zeit der großen Flüchtlingswelle sicher für einige Monate Sinn gemacht hätten, heute aber große Probleme entstehen, da viele Fragen offen sind: Wenn eine Schule zwei verschiedene Standorte hat, wie

werden diese Kinder zusammengeführt? Über das ganze Schuljahr stoßen immer wieder neue Kinder zu den Deutschförderklassen hinzu. Zum Teil müssen diese erst alphabetisiert werden. Dazu kommt der oftmals große Altersunterschied zwischen den SchülerInnen in einer Klasse. Wie soll hier effizient unterrichtet werden?

Womit für mich auch nach einem Versuchsjahr klar ist, dass es sich hier keinesfalls um ein Erfolgsmodell handelt.

DIE NEUE LEHRERINNEN APP

Neue Service-App für Vorarlberger PflichtschullehrerInnen

- von PädagogInnen für PädagogInnen
- kostenlos und übersichtlich strukturiert
- mit Push- und Chatfunktion
- laufende Erweiterungen mit Infos für den Schulalltag

Schulrelevante Themen schnell und griffbereit

Newscenter (wöchentliche Infos)

- o Rechtsfrage der Woche
- o Unterrichtstipps
- o Mittwochsinfos
- o Bildungspolitik
- o Veranstaltungen
- o und vieles mehr

LehrerInnenlexikon ABC

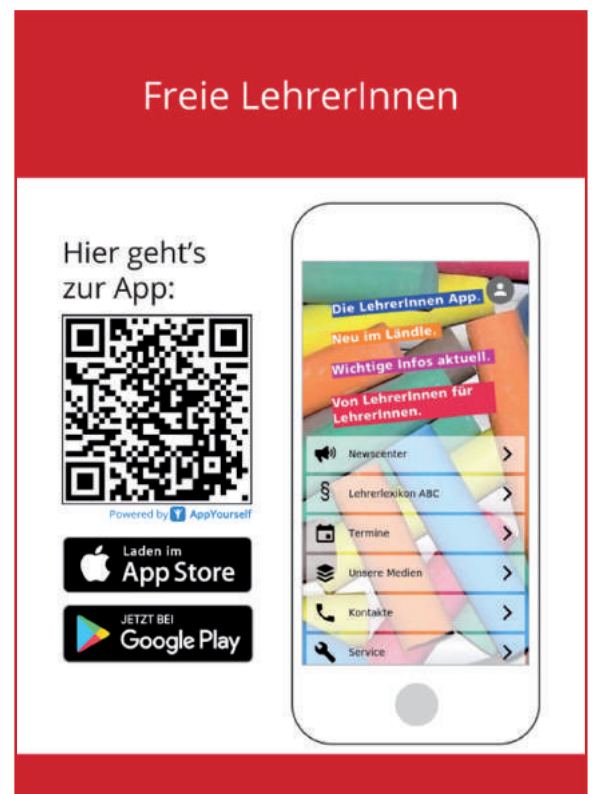
Termine

Bildungsreisen

Service

unsere Medien

Kontakte



Diese LehrerInnen-App gibt es im App Store und auf Google Play unter **Freie LehrerInnen**.

Kann man Noten beeinspruchen?

(SCHUG § 71)

- Laut Schulunterrichtsgesetz ist die Lehrperson für die Leistungsbeurteilung verantwortlich.
- **Ein Widerspruch der Eltern gegen Noten ist im Schulrecht nicht vorgesehen.**
- Sehr wohl ist aber **gegen das Nichtaufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe ein Widerspruch durch die Eltern möglich.**
- **Vorgangsweise:** Der Widerspruch ist schriftlich innerhalb von fünf Tagen bei der Schule einzubringen. Der Schulleiter/Die Schulleiterin hat den Widerspruch (+ Stellungnahme der betroffenen Lehrkräfte und sonstige Beweismittel) unverzüglich der zuständigen Schulbehörde (Bildungsdirektion) vorzulegen. Diese leitet nun das Verwaltungsverfahren ein und entscheidet mit Bescheid. → Gegen diesen Bescheid kann beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde erhoben (Remonstrationsrecht) werden.

Was könnten Eltern machen, wenn sie der Meinung sind, eine Leistungsbeurteilung ist nicht entsprechend den Bestimmungen der Leistungsbeurteilungsverordnung erfolgt?

Es kann eine Sachverhaltsdarstellung - ohne Rechtsmittel und rechtliche Durchsetzbarkeit - bei der Schulleitung eingelegt werden. Der Leiter/Die Leiterin hat nach Überprüfung der Sachlage die Möglichkeit eine Weisung zu geben, um der schulrechtlichen bzw. dienstrechtlichen Verfehlung einer Lehrperson entgegenzutreten. Bleibt die Schulleitung untätig, besteht für die Eltern als letzte Möglichkeit eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Schulleitung bei der Bildungsdirektion.

Wichtig: Der Ausgang eines solchen Verfahrens hat keine Rechtswirksamkeit auf die Leistungsbeurteilung.

Der Leiter/Die Leiterin könnte der Lehrperson auch eine Weisung geben, die Note zu ändern.

Diese Weisung ist zu befolgen, sofern sie nicht strafrechtswidrig ist (es könnte z.B. Amtsmissbrauch gemäß § 302 StGB vorliegen).

Eine Lehrperson hat vergessen dem Schüler eine Frühwarnung wegen zu erwartendem „Nicht genügend“ zu geben und der Schüler muss die Klasse wiederholen:

Die Lehrperson hat jene Note zu geben, die objektiv gerechtfertigt ist, auch wenn dies ein „Nicht genügend“ ist. In einem Widerspruchsverfahren werden die Eltern die nicht erfolgte Frühwarnung als Dienstpflichtverletzung der Lehrperson anführen (Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Lehrperson).

MMag. Dr. Thomas Bulant
0699/1941 39 99
thomas.bulant@apsfsg.at



LehrerInnen- gesundheit

*Kommentar der Obfrau des SLV,
Evi Bitschnau-Steurer*

Die LehrerInnengesundheit ist wichtig für eine ordentliche, pädagogische Arbeit. Gute Arbeitsbedingungen und ein ebensolches Klima in der Schule sind für die Gesundheit und das Wohlbefinden der PädagogInnen von großer Bedeutung. Dies beeinflusst auch sehr stark die Qualität des Bildungs- und Erziehungsauftrags.

Die Hauptbelastungen sind im psychosozialen Bereich angesiedelt. Während der Unterrichtszeit müssen LehrerInnen flexibel und spontan auf neue Situationen reagieren, ständig Ansprechpartner für die SchülerInnen sein. Während der Pausen gibt es praktisch weder Privatzeit noch Rückzugsmöglichkeiten. Auch in der unterrichtsfreien Zeit sind die PädagogInnen Ansprechpartner für Eltern, KollegInnen, und Vorgesetzte.

Belastungen am Arbeitsplatz sind zudem kleine Klassenzimmer, Lärm, Luftqualität, Beleuchtung, Temperatur. Negativ wirken sich auch die hohen Klassenschülerzahlen aus. Mehr Kinder in einer Klasse bedeuten mehr Lärm, Unruhe, schlechteres Raumklima, weniger Zeit für das einzelne Kind. Anlaufstelle in belastenden Situationen und Zeiten können die schulpsychologischen Beratungsstellen der vier Bezirke Bludenz, Bregenz, Dornbirn und Feldkirch sein. Bei persönlichen Krisen werden dort individuelle, spezifische Beratung und zusätzliche Hilfe für alle Lehrenden angeboten. Dies kann eine einzelne Fallmoderation oder eine allgemeine Besprechung sein. Weiters kann auch die Arbeitspsychologin Mag. Pitschl Veronika bei der ameco in Bregenz kontaktiert werden.

Wichtig ist frühzeitig den richtigen Ansprechpartner für sich zu finden und dieses Angebot zu nutzen.



Sie fördern
unsere Kinder.

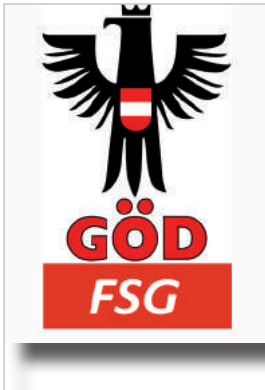
Wir fördern Sie.

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen

1010 Wien, Teinfaltstraße 7

Tel: 01/534 54/240, www.goedfsg.at





Wer will noch LeiterIn werden?

Umfrage in Vorarlberg bestätigt: Viele DirektorInnen sind überlastet.

Gerhard Unterkofler, Vorsitzender der APS-Gewerkschaft Vbg. (unterkofler.gerhard@aon.at)

An der österreichweit von der FSG-PflichtschullehrerInnengewerkschaft und dem SLÖ* durchgeführten Erhebung haben in Vorarlberg 104 DirektorInnen, das sind 42 Prozent, teilgenommen.

Beruf wird unattraktiver

Die Zeiten sind schon längst vorbei, als sich noch drei bis vier KandidatInnen für eine freie LeiterInnenstelle beworben haben. Seit einigen Jahren muss man froh sein, wenn überhaupt eine Lehrperson Interesse zeigt, manchmal bewirbt sich auch gar niemand.

Kaum planbarer Arbeitstag

Eltern erscheinen unangekündigt, Gespräche mit dem Schulerhalter, Lehrpersonen oder mit verhalten-soriginellen SchülerInnen sind zu führen. Dazwischen muss noch schnell für eine kranke Kollegin suppliert werden. Dann gilt es Listen zu kontrollieren und in Ordnern abzulegen beziehungsweise geforderte Daten in den Computer einzutragen. Besonders viel Papierarbeit steht an, wenn die Schule eine Ganztagesbetreuung anbietet. Daneben soll auch noch über die Öffentlichkeitsarbeit, Mitarbeiterführung, Elternarbeit, Diensterteilung und das Schulbudget nachgedacht werden. Und wenn ein Schulumbau ansteht, fungieren DirektorInnen als eine Art Bauaufsicht.

Die aktuellen Ereignisse rund um die Gewalt an einigen Schulen belegen, dass SchulleiterInnen nicht unter Aktenordnern verschüttet werden dürfen, sondern an die Seite von SchülerInnen und LehrerInnen gehören.

LehrerInnen brauchen bei Lernproblemen und Verhaltensauffälligkeiten der SchülerInnen die pädagogische Unterstützung durch die Schulleitung.

Immer mehr Bürokratie, immer weniger Pädagogik

Manche LeiterInnen in Vorarlberg haben das Glück, dass ihre Schule groß genug ist, sodass sie ihre administrativen Stunden in Sekretariatsstunden umwandeln können. „Ich weiß gar nicht, wie ich das früher alles selber erledigen konnte“, hören wir von solchen DirektorInnen regelmäßig. Fast an allen Schulen wird uns bestätigt: Die Arbeit der Schulleitung und der Lehrpersonen ist von Jahr zu Jahr umfangreicher geworden.



Dazu kommen steigende Erziehungsaufgaben für die Schulen. Bund und Land verordnen immer mehr Zusatzaufgaben, ohne dass dabei auf die Herausforderungen des täglichen Schulalltages und die zeitlichen Ressourcen vor Ort Rücksicht genommen wird. SchulleiterInnen werden immer mehr als Buchhalter und Schreibkräfte der Schulverwaltung missbraucht.

Selbst der Generalsekretär im Ministerium, Martin Netzer, stellt sich in einem Zeitungsinterview die Frage, ob den LeiterInnen nicht zu viel Verwaltungsaufwand zugemutet werde.

Die Umfrage zeigt, dass sich LeiterInnen hauptsächlich im städtischen Bereich und von größeren Schulen über den Arbeitsaufwand beklagen.







Ganz wenige LeiterInnen - vor allem im ländlichen Bereich und von kleineren Schulen - fühlen sich nicht überlastet und haben laut eigener Einschätzung genügend Zeit, um sich den KollegInnen pädagogisch widmen zu können.

Einige Ergebnisse

Die Antworten der LeiterInnen widerspiegeln eine Situation, die uns PersonalvertreterInnen von den zahlreichen Schulbesuchen nicht unbekannt ist:

- 85 Prozent meinen, dass Schulautonomie zumeist Mangelbewirtschaftung und zusätzliche Belastung bedeutet.
- 92 Prozent aller befragten SchulleiterInnen an Vorarlbergs Pflichtschulen beklagen, dass die Bürokratie die pädagogische Leitung behindert.
- 93 Prozent geben an, dass die Vielzahl der Testungen und Dokumentationen nicht den schulautonomen Mehrwert für den Standort bringen.
- 92 Prozent wünschen sich eine klare Beschreibung ihrer LeiterInnenrolle und sind der Meinung, dass zu wenig Unterstützungspersonal und administrative Entlastung vorhanden sind.

Außerdem:

-  Viele LeiterInnen beklagen, dass auch die Lehrpersonen immer mehr belastet werden.
-  Der LehrerInnenmangel und so gut wie keine Personalreserve bereiten Kopfzerbrechen.
-  Besonders häufig wird erwähnt, dass die dauernden Reformen und Gegenreformen der Bildungspolitik sowie überhastet eingeführte Neuerungen sich sehr frustrierend auf LeiterInnen und LehrerInnen auswirken.
-  Kritisiert werden häufig die zusätzlichen Testungen.
-  Die Organisation der Schülerbetreuung wird als sehr aufwändig bezeichnet.
-  Schlechte Informationspolitik wird kritisiert.



Hilferuf

Das Ergebnis dieser Umfrage muss als Hilferuf an die Landes- und Bundespolitik und an die Bildungsdirektion gesehen werden. Wir werden die Ergebnisse als Resolution an die Schullandesrätin, die Bildungsdirektorin und die BildungssprecherInnen aller Vorarlberger Parteien weiterleiten und Konsequenzen daraus ver-

langen. Im Herbst werden wir dann auch den neuen Bildungsminister damit konfrontieren.

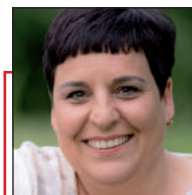
Hauptforderungen der Freien LehrerInnen

- eine ordentliche administrative Entlastung oder die Trennung von administrativer und pädagogischer Leitung
- höheres Gehalt
- bedeutend mehr Unterstützungspersonal
- Schluss mit den dauernden von oben bestimmten Reformen und Dokumentationen
- Neubewertung der LeiterInnen-tätigkeit
- Senkung der Unterrichtsverpflichtung für LeiterInnen
- eine wirkliche demokratische Autonomie an den Schulen mit genügend finanziellen Mitteln
- zusätzliche Unterstützung von Schulen mit besonderen Bedürfnissen

(* In Vorarlberg haben diese Erhebung die Freien LehrerInnen gemacht.)

Factbox/Vorarlberg

- Leiterzulage: 236,20 Euro bis 1029,60 Euro pro Monat, abhängig von der Schulgröße sowie den Leiter- und Dienstjahren
- Zulage von 1500 Euro pro Jahr (nur in Vorarlberg)
- administrative Entlastungsstunden je nach Größe der Schule (nur in Vorarlberg)



Verwalten anstatt Gestalten?

Alexandra Loser, Lehrerin an der MS Bregenz-Schendingen

Leider ist es derzeit an den Schulen aufgrund vieler Verwaltungsaufgaben, die wir Lehrer zu erledigen haben, kaum noch möglich, Unterricht so zu gestalten, wie es sich viele von uns wünschen!

Das neue Bildungssystem ist geprägt von Veränderungen, was grundsätzlich nicht schlecht ist. Die verschiedenen Testungen und Bewertungen bestimmen aber derzeit den Tagesablauf in den Schulen. Die SchülerInnen kommen an ihre Grenzen, die LehrerInnen ächzen unter der immensen Mehrbelastung. Vom Ministerium bekommen wir nur die kreativen Fachbegriffe wie IKPM, MIKA-D, Standard AHS und vieles mehr vorgesetzt. Wir dürfen ausführen, verwalten, Konzepte erstellen, Fragebögen ausfüllen, Ergebnisse evaluieren.

Die unzähligen Testungen und die Bewertungsraster führen dazu, dass die Leistungen der SchülerInnen und die Arbeit der LehrerInnen GLÄSERN werden. Die Bewertungsraster werden zentral im Ministerium abgespeichert. Prima! Wir LehrerInnen werden zu den BuchhalterInnen des Minoritenplatzes.

„Bildung braucht Freiheit!“ Freiheit, meinen Unterricht so zu gestalten, dass ich die mir anvertrauten Kinder und Jugendlichen, bestmöglich fördern und fordern kann. Nicht nur testen und bewerten! Ich fordere daher, keine halben Sachen bei der Erstellung und Umsetzung von Veränderungen in der Bildung zu machen!
GESTALTEN anstatt Verwalten!

Auf den Spuren unserer Landsleute

Notizen zu der PädagogInnen-Reise nach Nürnberg und Dresden

Werner Gerold

Wir als Bewohner des Alpenraums sind, was eisige Temperaturen betrifft, ja einiges gewöhnt. Umso überraschter waren die knapp 50 KollegInnen der bereits 13. PädagogInnen-Reise der Freien LehrerInnen, die nach Dresden führte, wie gnadenlos kalt es Mitte April in Sachsen sein kann.

Nichtsdestotrotz ist Dresden eine faszinierende Stadt: ein spannungsgeladener Mix von Renaissance- und Barockbauten, moderner Architektur und Gebäuden aus der Zeit der DDR.



Der Zwinger in Dresden

Den TeilnehmerInnen wurde ein abwechslungsreiches Programm geboten. Ein Ausflug führte in ein herzogliches Lustschloss und in die von der Erosionskraft der Elbe gebildeten Steilwände der Sächsischen Schweiz. Winnetou-Fans konnten sich im „Karl May-Museum“ umsehen, Freunde von „Bares für Rares“ staunten in der weltberühmten Porzellanmanufaktur von Meißen und Kunstfreunde konnten im Zwinger die „Gemäldegalerie Alte Meister“ besuchen, die eine der bedeutendsten Kunstsammlungen der Welt besitzt. Sie staunten nicht schlecht, als sie inmitten von Meisterwerken von Rafael, Cranach und Botticelli „Die verlassene Ariadne“ von Angelika Kauffmann entdeckten – dem einzigen, aber umso wertvolleren Export aus Vorarlberg.

Ganz anders verhält es sich bei Nürnberg, das auf der Hinfahrt besucht wurde. Wenig bekannt sind die wirtschaftlichen Bezie-

hungen, die Vorarlberg mit der Dürer-Stadt unterhielt. So war das Eibenholz – extrem schwer biegsam – aus den heimischen Wäldern in Nürnberg für die Produktion von Bögen und Armbrüsten sehr gefragt.

Einen etwas ungewöhnlichen Exportartikel stellt Hieronymus Münzer dar. Er wuchs um 1450 in Feldkirch auf, besuchte die dortige Lateinschule, studierte in Leipzig u.a. Medizin und ließ sich in Nürnberg als Arzt nieder, wo er durch Heirat in den Textiladel aufgenommen wurde,

und durch die Vermarktung des Alauns äußerst wohlhabend wurde. Man kann davon ausgehen, dass Nürnberg damals dem heutigen Silicon Valley entsprach. Hier versammelten sich die besten Künstler, Handwerker und Naturwissenschaftler – Münzer gehörte dazu. Als Hartmut Schedel 1493 seine Weltchronik veröffentlichte, steuerte Münzer Beschreibungen von der Iberischen Halbinsel und den baltischen Gebieten bei. In der Chronik befinden sich zwei doppelseitige Landkarten: eine Weltkarte, auf der Amerika noch fehlt, und die erste Deutschlandkarte überhaupt – gezeichnet von Münzer, einem Feldkircher! Nicht genug: Als Mitarbeiter von Martin Beheim an dessen Globus wurde Münzer klar, dass es sinnvoll wäre, China von Westen anzufahren. Das Unternehmen, das er dem portugiesischen König vorschlug, kam leider nicht zustande.

Für einen fragwürdigen Export nach

Sachsen sorgte die damalige Bundesregierung. Während der Montagsdemonstration der PEGIDA in Dresden spielte auch die österreichische Asylpolitik eine Rolle, wenn Redner von Innenminister „Gauleiter“ Kickls Politik ganz begeistert waren, während Kanzler Kurz als „Blender“ abgetan wurde.

Auf der Rückreise hielten wir uns noch in Bamberg auf – für viele die schönste Stadt in Deutschland, die es verdient, genauer betrachtet zu werden.



Bamberg

Geleitet wurde die Fahrt von Willi Witzemann, der sich um jeden Wunsch der KollegInnen bemühte. Und als Willi kurzzeitig schwächelte, wurde er von den erfahrenen ReisetilnehmerInnen aufgefangen und so weit betreut, bis er seine großartige Arbeit wieder aufnehmen konnte.

Die nächste Reise, die im Herbst nach Flandern (Gent, Brügge, Antwerpen, ...) führt, ist eine adäquate Fortsetzung der beschriebenen Fahrt, auf die sich kunstsinnige LehrerInnen schon jetzt freuen dürfen (siehe letzte Seite).



Kein Einzelfall!

Willi Schneider, Direktor der MS Lochau (wilhelm.schneider@schule.at)

Ein österreichischer Staatsbürger mit türkischen Wurzeln verbringt eine Woche Urlaub in dem Land, aus dem er stammt. Zu seiner Überraschung wird ihm die Heimreise verweigert. In der Folge macht er mit den Tiefen des türkischen Rechtsstaats Bekanntschaft. Drei Monate danach weiß er immer noch nicht, warum der türkische Staat das tut. Er hat keine für ihn erkennbare Straftat begangen. Er ist auch nicht als radikal einzustufen, im Gegenteil, er ist tole-

rant Andersgläubigen gegenüber und fordert diese Toleranz auch in seiner Umgebung ein. Er ist der Regierung Erdogan gegenüber kritisch eingestellt.

Wenigstens kann sich der Betroffene in der Türkei frei bewegen. Das können nicht alle, die in der Türkei festgehalten werden. Es soll Vorarlberger geben, die ebenfalls nicht ausreisen durften, bis sie in Österreich ihren Arbeitsplatz verloren haben. Nicht auszudenken was für soziale Folgen das für die Betroffenen haben kann. Umso wichtiger wäre es, dass der österreichische Staat auf solche Menschenrechtsverletzungen angemessen reagiert. Denn selbstverständlich handelt es sich hier um eine solche!

Aber gibt es von österreichischer Seite den nötigen Druck auf die türkische Politik? Werden auch internationale Institutionen mit solchen Vorfällen befasst? Gibt es entsprechende Reisewarnungen seitens des Außenministeriums?

Das deutsche Auswärtige Amt warnt immerhin davor, in der Türkei oberste Behörden und oberste Repräsentanten zu beleidigen – was immer man darunter versteht. Was hat das Land Vorarlberg unternommen? Will man sich nicht dafür einsetzen, dass solche Machenschaften unterbleiben – auch dann nicht, wenn österreichische Staatsbürger betroffen sind? Wie werden die Betroffenen selbst und ihre Familien in dieser Krisenzeit und nachher unterstützt? Diese und noch mehr Fragen gäbe es zu stellen.

„Der österreichische Staat muss auf Menschenrechtsverletzungen angemessen reagieren.“



ANTON A. BUCHER
DER ETHIKUNTERRICHT IN ÖSTERREICH:
POLITISCH VERSCHLEPPT -
PÄDAGOGISCH ÜBERFÄLLIG
1. AUFLAGE, VERLAG TYROLIA
128 SEITEN, € 36,-
ISBN: 978-3-7022-3359-4

Seit dem Schuljahr 1997/1998 wird in Österreich in der Sekundarstufe II (ab 14 Jahren) Ethik als Schulversuch unterrichtet.

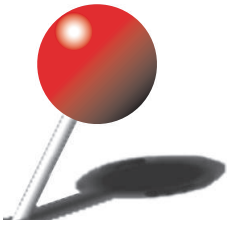
Obwohl die erste Evaluation im Jahr 2001 positive Ergebnisse erbrachte, ist Ethik noch immer nicht in den regulären Unterricht aufgenommen worden. Einige Gründe: Uneinigkeit der politischen Parteien (SPÖ, Grüne und NEOS für einen verpflichtenden Ethikunterricht für alle; ÖVP und FPÖ für einen Ethikunterricht nur für jene, die keinen Religionsunterricht besuchen), das Beharren der Kirchen, den Ethikunterricht nur als Ersatzfach für diejenigen Schüler, die sich vom Religionsunterricht abmelden, anzuerkennen.

Das sei ein bildungspolitischer Skandal, ist der an der Universität Salzburg lehrende Religionspädagoge und Erziehungswissenschaftler Anton A. Bucher überzeugt. Er ist von Beginn an involviert und hat 2001 die vom Bundesministerium in Auftrag gegebene Evaluation durchgeführt. In diesem Buch erzählt er die unendliche Geschichte des Schulversuches, stellt die Ergebnisse einer Studie im Frühjahr 2013 vor, wie 1800 SchülerInnen den

Unterricht bewerten, was sie lernen und von ihm glauben zu profitieren. Der Autor führt die politischen Hindernisse an, erzählt wie die Kirche(n) ihre Monopolstellung(en) durch Verhinderung ausnützt. Er berichtet von der Bildungsministerin Claudia Schmidt, die ein Pflichtfach Ethik einführen wollte. Interessant auch die Hintergründe der parlamentarischen Enquete 2011, wo über die Werteerziehung an den staatlichen österreichischen Schulen, insbesondere den Ethikunterricht geredet wurde.

Alle möglichen Repräsentanten der österreichischen Religionsgemeinschaften, VertreterInnen von Gewerkschaft und Kammern, Familienbünden, Schülerorganisationen waren eingeladen, nur VertreterInnen der etwa zwei Millionen Konfessionsfreien hatten keine Einladung erhalten. Dank Harald Walser von den Grünen konnte dann doch ein Konfessionsfreier als Experte bei der Enquete sprechen.

(gun)



Herbstausfahrt - Flandern

und Vier-Städtereise

26. – 29.10. 2019



Unsere diesjährige Herbstbusreise führt uns nach Belgien. Neben der Diamantenstadt Antwerpen besuchen wir auch die mittelalterliche Stadt Brügge und die Tuchmacherstadt Gent. Natürlich ist auch ein Besuch in Europas Hauptstadt Brüssel mit im Programm.

Programm:

Tag 1 (Samstag, 26.10.2019):

- Abfahrt um ca. 5 Uhr Richtung Ulm
- Frühstück unterwegs
- Ankunft in Trier gegen 12.00 Uhr – Stadtführung und Mittagessen
- 15.00 Uhr Weiterfahrt nach Belgien
- 18.15 Uhr Ankunft in Antwerpen check-in im 4*-Hotel Leopold
- 20.00 Uhr Abendessen

Tag 2 (Sonntag 27.10.2019):

- 9.00 Uhr Rundgang in Antwerpen (großer Markt, St.-Baafs-Kathedrale und natürlich die berühmte Altstadt)
- Mittagessen
- Nachmittag steht im Zeichen Rubens (Besichtigung des Rubenshaus, Plantin-Moretus-Museum, ...)
- Abendessen

Tag 3 (Montag, 28.10.2019):

- 8.00 Uhr Abfahrt nach Brügge
- Rundgang im mittelalterl. Brügge
- Mittagessen und Weiterfahrt – Gent
- Rundgang und Grachtenbootsfahrt
- Rückfahrt ins Hotel
- Abend zur freien Verfügung

Tag 4 (Dienstag, 29.10.2019):

- 8.30 Uhr Abreise Richtung Brüssel
- 10.00 Uhr Ankunft, Bummel und Mittagessen in der Altstadt; Stadtrundfahrt, Besuch Chocolaterie und Europaviertel
- 18.30 Uhr Rückfahrt; AE unterwegs
- Ca. 5.30 Uhr Ankunft in Vorarlberg

Reisebegleitung: Willi Witzemann

Preis: 445,-- €

Leistungen: 3x Übernachtung im 4*Hotel Leopold im Zentrum mit Frühstücksbuffet; Stadtführung in Trier, Antwerpen, Gent; Eintritt und Verkostung im Bier Erlebniscenter De Koninck, ganztägige Reiseleitung Brüssel; 40 min. Bootsfahrt in Gent; Europaparlament (angefragt), Besuch und Verkostung Chocolaterie, umfangreiche Unterlagen, ...

EZ-Zuschlag: 105,--€

Anmeldungen: witzewilli@hotmail.com, 0644 268 5716

